

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungsstellen des Tagesblattes
in den Kreisen des Erzgebirges
- - - - -
Preisprospekt - - - - -

Verlegungsstellen des Tagesblattes
in den Kreisen des Erzgebirges
- - - - -
Preisprospekt - - - - -

Ergebnisse: Ausgabe Erzgebirge, Inhaltlich die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Ann. Preisprospekt: Ann Leipzig Nr. 1906

Nr. 114

Freitag, den 16. Mai 1924

19. Jahrgang

Regierungsbildung und Reichstagspräsidentenwahl.

Welche Partei stellt den Reichstagspräsidenten?

Von Reichstagsabg. Alfred Hradetzky.

Nachdem die Deutschen Volkspartei abgesehen, die Fraktionen des neuen Reichstages nicht zusammengetreten, noch hat keine Fällungsabstimmung zwischen den einzelnen Parteien stattgefunden. Alles, was bisher über Regierungsbildung und die Wahl des Reichstagspräsidenten berichtet worden ist, waren bloße Kombinationen meist recht oberflächlicher Art. Erst nach dem Zusammentreten des Reichstages, also erst nach dem 27. Mai, wird die Entscheidung in beiden Richtungen fallen. Das Schwierigere ist die Bildung der neuen Regierung. Denn die Neuwahlen bringen der Rechten zwar eine erhebliche Verstärkung, von einer Mehrheit der Rechten, die einen „Eieg“ feiert, ist aber nicht entfernt die Rede: die Deutschnationalen bilden selbst mit den Bäckern, die sich nicht einmal als Rechtspartei ansprechen lassen wollen noch nicht ein Drittel des Reichstages, und würde die Deutsche Volkspartei, die zuletzt als Partei der Mitte auftrat, sich wieder als Rechtspartei aufstellen, so wäre auch damit lange noch keine Rechtsmehrheit gegeben. Ebensovienig wie eine Mehrheit der Rechten oder der sozialistisch-kommunistischen Linken besteht. Ist eine solche der Mitte vorhanden, so daß die Bildung einer in sich geschlossenen Regierung, die sich auf eine Mehrheit stützt, schwer denkbar ist und vielleicht nur eine Minderheitsregierung zustande kommt, die von der einflussreichen Zentrum durch andere Gruppen abhängig ist. Wenn einzelne deutschnationale Organe von Versuchen reden, einen Bürgerblock von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zustande zu bringen, so werden darüber viele deutschnationale Wähler erschauern sein, die vor den Wahlen von den Wahlmachern ihrer Partei nicht anders hörten, als daß die demokratische Partei die „Judenpartei“ und die „Partei des fortschreitenden Vaterlandsvorrats“ sei. Es ist unwahrscheinlich, daß sich die Demokraten an einer solchen Regierungsbildung beteiligen, sie dürften sich nur dazu verstehen, gegenüber einer unter Führung oder Teilnahme der Deutschnationalen gebildeten Regierung eine abwartende Haltung einzunehmen; sie würden aber, sobald sie in die Opposition treten sollten, diese jedenfalls nicht nach deutschnationalen Gesichtspunkten, sondern nach sozialdemokratischen Gesichtspunkten zu gestalten.

Einfacher und schneller dürfte die Wahl des neuen Reichstagspräsidenten vor sich gehen. Die Deutschnationalen erheben Anspruch darauf, den Präsidenten zu stellen. Aus den Wahlen sind bekanntlich als stärkste Fraktion die Sozialdemokraten mit hundert Mandaten hervorgegangen, während die Deutschnationalen zunächst 98 wählten. Nachdem inzwischen die auf die Landbesitzer in Thüringen, Baden, Hessen gewählten Abgeordneten ihren Anschluß an die Deutschnationalen vollzogen haben, sind allerdings die Letzteren mit 105 oder 108 Stimmen die stärkste Fraktion geworden. Eine Bestimmung aber, daß die jeweilige stärkste Fraktion den Präsidentenposten im Parlament besetzt, besteht nicht, es besteht nicht einmal eine konstante Uebung dafür. Im alten Reichstag hatten die Konservativen von 1879 bis 1895 und von 1907 bis 1911 den Präsidentenposten inne, obwohl sie nicht die stärkste Gruppe waren. Es lag bis 1895 wenigstens, eine Rücksichtnahme auf den kaiserlichen Hof darin, daß man den Präsidenten aus der Partei wählte, die dem Throne am nächsten stand. Als 1912 die Sozialdemokraten mit 110 Stimmen die stärkste Fraktion wurden, wählte man gleichwohl keinen Sozialdemokraten als Präsidenten, sondern zunächst einen Zentrumsmann (Dr. Bohn), und als dieser nach zwei Tagen zurücktrat, den fortschrittlichen Volksparteiler Dr. Kämpf, obwohl die fortschrittliche Volkspartei nach der Stärke der Fraktionen erst an vierter Stelle stand. Ebenso wie damals im monarchischen Staat die Wahl eines republikanischen Sozialdemokraten nicht in Frage kam, sollte es sich jetzt verhalten, daß unter dem Zeichen der Republik von einem in keiner Mehrheit republikanisch gesinnten Reichstag ein deutschnationaler Feind der Republik als Präsident auf den Schild erhoben würde. Lediglich aus dem formalen Grund, weil durch Zutritt von neun Abgeordneten, die gar nicht als Deutschnationalen in ihren Wahlkreisen gewählt worden sind, die deutschnationale Fraktion zur stärksten geworden ist. Das Nächstegegende ist es, daß dem bisherigen sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Döbe die Wiederwahl angetragen wird. Sollte Döbe oder die sozialdemokratische Partei ablehnen, so wäre die größte der auf dem Boden der Verfassung stehenden Mittelpartei, das Zentrum, in Frage, aus dessen Reihen in der Nationalversammlung der Vög. Behrens das Amt des Präsidenten bekleidet.

Im neuen Reichstag wird mehr denn je neben der Parteistellung die persönliche Qualifikation für den Präsidentenposten in Betracht gezogen werden müssen. Denkt man an die vielen Auftritte, die im vorigen Reichstage schon 15 Kommunisten hervorbrachten, an die Obstruktionsversuche, in denen sie vielfach von den drei baltischen Abgeordneten, mitunter sogar von den Deutschnationalen unterstützt wurden, so kann man sich ein Bild von den Rabauzereien machen, die dem vielfach so freudig begrüßten neuen Reichstag mit seinen 62 Kommunisten bevorstehen, die ja nach ihrer eigenen Erklärung nur zu dem Zweck in den Reichstag einzutreten, die Arbeit zu stören (wie auch Bäckische im Wahlkampf sagten, daß sie in die „Quatschbude“ nicht zur positiven Mitarbeit, sondern nur zur „Kontrolle“ einzutreten würden). Es kommt also außerordentlich viel auf das persönliche Geschick an, mit dem der Präsident die Verhandlungen leitet. Daß dieses Geschick bei dem bisherigen Reichstagspräsidenten Döbe in besonderem Grade vorhanden gewesen ist, darüber dürften keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, die für die Leitung im neuen Reichstage zu erwarten sind, ist es auch geboten, daß diejenigen Parteien, die aus ihrer Mitte die Vizepräsidenten stellen, die persönliche Qualifikation der von ihnen Präsentierten mehr berücksichtigen, als es bisher der Fall gewesen war. Einige der bisherigen Vizepräsidenten waren schwierigeren Situationen keinesfalls gewachsen. Von der Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten hängt es wesentlich ab, ob es gelingen wird, das Ansehen des neuen Reichstages wenigstens einigermaßen so arbeitsfähig zu gestalten, wie es der soviel verlässere bisherige in der Tat gewesen ist.

Die Deutschnationalen fordern den Rücktritt der Regierung.

Die Parteiliste der Deutschnationalen Volkspartei stellt eine mehrstündige Sitzung ab, in der folgende Entscheidung gefaßt wurde:

„Wir fordern, daß die gegenwärtige Reichsregierung, entsprechend dem Anfall der Wahlen, der den veränderten politischen Willen des Volkes feststellt hat, dem Reichspräsidenten alsbald ihren Rücktritt anbietet. Die gegenwärtige Regierung entbehrt jeglichen Rechts, Deutschland in den Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten noch entscheidend zu vertreten. Wir erheben entschieden Anspruch dagegen, daß das Kabinett etwa Gesandtschaften zur Durchführung des Gutachtens der Reparationskommission vorlegt oder auch nur in den vorbereitenden Verhandlungen in den Organisationskomitees oder der Reparationskommission irgendwelche Erklärungen über den Standpunkt der deutschen Regierung abgibt oder abgeben läßt. Die Deutschnationalen Volkspartei wird derartige Erklärungen nicht als für sie bindend anerkennen.“

Kabinettszusammentritt am Freitag.

Das Kabinett, dessen Mitglieder wieder vollständig in Berlin versammelt sind, wird am Freitag und Sonnabend zu Sitzungen zusammentreten, in denen man sich mit Fragen der äußeren Politik, insbesondere mit dem Sachverständigen-Gutachten, befassen wird. Des weiteren dürfte sich das Kabinett mit der durch die Wahlen geschaffenen Parlamentslage befassen, vor allen Dingen mit der Frage wie die Regierungsbildung erfolgen soll.

Aus Kreisen der Regierung wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung nicht gesonnen ist, der Aufforderung der Deutschnationalen nachzukommen und sich bis zur Bildung einer neuen Regierung jeder Weiterführung direkter oder indirekter Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten zu enthalten.

Die endgültige Entscheidung über die Regierungsbildung kann naturgemäß erst erfolgen, wenn die Fraktionen des Reichstages zusammentreten sind.

Der deutsch-russische Konflikt.

Die „Morning Post“ meldet aus Moskau, der deutsche Außenminister Dr. Stresemann habe nach einer offiziellen Mitteilung der russischen Telegraphen-Agentur in seiner Entscheidung an die Moskauer Regierung am Dienstag die Exterritorialität der russischen Handelsvertretung in Berlin anerkannt.

Damit ist die Hauptforderung erfüllt und dem Konflikt zwischen Moskau und Berlin seine Schärfe genommen worden. Die „Morning Post“ sagt hinzu, in Moskau sei dieses schnelle Nachgeben Deutschlands nicht erwartet worden. Man bedauere die im Großen Sowjet gehaltenen deutsch-feindlichen Reden.

In einer Moskauer Meldung eines Berliner Blattes war behauptet worden, der Volkstribunal für auswärtige Angelegenheiten, Tschicherin, habe bei der Einreichung eines Denkmals für den Sowjetgesandten Woroschil besen Ermordung mit dem Vorwurf gegen die Berliner Handels-

vertretung in Zusammenhang gebracht als zwei verwandte Akte der Reaktion gegen Sowjetvertreter im Ausland.

Wie aus Moskau mitgeteilt wird, hat Tschicherin die ihm in den Mund gelegte Anklage nicht getan.

Deutsch-polnischer Notenwechsel über die politischen Uebergriffe gegen die deutschen Minderheiten.

Die Deutsche Regierung hat durch ihren Gesandten in Warschau der polnischen Regierung eine Note überreicht, in der auf die infolge der ständig sich wiederholenden Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Pommern für die dortigen Reichsangehörigen bestehenden Gefahren aufmerksam gemacht wird.

In Beantwortung der Note bemängelt die polnische Regierung, daß in der deutschen Note keine konkreten Beschwerdefälle aufgeführt seien und spricht gleichzeitig der deutschen Regierung das Recht ab (1), in dem Maße wie dem vorliegenden zu intervenieren. Hierzu ist zu bemerken, daß die deutsche Gesandtschaft in Warschau nach Ueberreichung der grundsätzlichen Note der polnischen Regierung eine große Anzahl von Einzelfällen namhaft gemacht hat, in denen deutsche Reichsangehörige in Polnisch-Pommern mißhandelt oder ganz terrorisiert wurden. Die deutsche Regierung muß das Recht für sich beanspruchen, bei der Regierung eines fremden Landes Vorstellungen zu erheben, wenn ihre Staatsangehörigen in diesem Lande Verfolgungen und Ausschreitungen ausgeht sind.

Millerands Winkelspiege.

Nachdem man sich in Frankreich überaus schnell mit dem Ausscheiden von Millerand aus der politischen Arena der Gegenwart abgefunden hat, ist der Kampf um die heftiger zwischen dem Präsidenten Millerand und den konservativen Linken entbrannt. Millerand gedankt keineswegs, seine Erklärung, die er vor den Wahlen abgegeben hatte, daß er mit dem nationalen Block über und falls, wahrzumachen, trotzdem die Linke ihn sofort beim Wort genommen und ihm eine kränkelnde Rücktrittsbedingung ins Gesicht geschleudert hat. Ganz im Gegensatz läßt er jetzt durch eine ihm gewilligte Presse bekunden, daß er dem Kandidaten für das Ministerpräsidentium Bedingungen zu stellen beabsichtigt. Nach den Meldungen der Presse will Millerand die Aufrechterhaltung der Führerschaft, die Ablehnung einer unmittelbaren Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rußland und die Fortdauer der diplomatischen Vertretung Frankreichs beim Vatikane verlangen. Die Kandidaten Millerands für das Amt des Ministerpräsidenten sollen Herriot und Briand sein. Daß Herriot die Bedingungen Millerands nicht annehmen wird, steht schon fest, und wenn der sehr bedenkenlose Briand sich dazu bereit erklären sollte, so dürfte er kaum die Unterstützung der Radikalen und der Sozialisten in der neuen Kammer finden. Es wird also Millerand sicher nicht gelingen, dem Lande die Politik des nationalen Blocks, die es eben so energisch verurteilt hat, durch einen Trick wieder aufzubringen. Allerdings wollen auch die Erörterungen über die Bildung einer Regierung der Linken in Frankreich keine rechten Fortschritte machen. Dies ist es die Haltung der Sozialisten, die die Ursache aller Schwierigkeiten ist. Ein Teil der Sozialisten, darunter der Parteiführer Blum, lehnen auf Grund der Umstürzender Beschlüsse eine Beteiligung an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien ab, während ein anderer Teil unter Führung der Abgeordneten Paul Boncour und Renaudel für eine Koalitionspolitik eintritt. Aber auch die strengere Richtung der Partei ist für die Unterstützung einer Regierung, die sich zu einer ehrlichen demokratischen Reformpolitik bekennt.

Neue Luftschiffe in England.

Premierminister MacDonald kündigte im Unterhaus ein umfassendes Programm für Forschungen und Versuche zur Entwicklung des Luftschiffahrtswesens an. Zunächst soll eines der vorhandenen britischen Luftschiffe umgebaut werden. Ferner würden 2 neue Luftschiffe erbaut werden. Die Luftschiffe seien dazu bestimmt, den Dienst nach Indien zu übernehmen. MacDonald betonte, daß für die künftige Organisation einer Luftflotte eine Reserve an Personal und Material gebildet werden solle, was bedeutungsvoll sein würde, vorausgesetzt, daß die Luftschiffe sich für gewisse Verteidigungsfunktionen eignen. Das Programm für die ersten drei Jahre werde 1.200.000 Pfund Sterling beanspruchen.

Für die Rätepublik in Deutschland. Die kommunistische Parteiliste hat für Dienstag eine Vertreterversammlung aus ganz Deutschland nach Berlin berufen. Sie fand in den Beständen in Nieder-Schönebeck statt. 118 Delegierte aus Deutschland waren erschienen. Wie zuverlässig verlautet, hat sich die Tagesordnung einstimmig für einen bedingungslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie und für die gemäßigte Erklärung der Rätepublik in Deutschland ausgesprochen.